



# Algerien: Neue Jobs im Abfallsektor

Junge Menschen finden Beschäftigung im kommunalen Abfallsektor, die Qualität der kommunalen Abfallwirtschaft wird besser kontrolliert.

Sonderinitiative Nordafrika, Nahost  
Aktionsfeld:  
Beschäftigungsförderung



## Herausforderung

Sinkende Einnahmen aus dem Öl- und Gasabsatz führen dazu, dass der öffentliche Sektor in Algerien keine Beschäftigung mehr generieren kann. Die Arbeitslosenquote im Land ist hoch – bei den unter 24-jährigen liegt sie offiziell bei knapp 26 Prozent.

Ein Bereich mit Beschäftigungspotenzial ist die kommunale Abfallentsorgung. Auch, um die Qualität der Dienstleistung zu verbessern, hat die algerische Regierung sich vorgenommen, die kommunale Abfallentsorgung an externe Dienstleister zu vergeben. Doch die Kommunen verfügen nicht über ausreichende Erfahrung in der Qualitätskontrolle von externen Dienstleistern im Bereich der Abfallentsorgung.

In der Privatisierung liegt die Chance für selbständige Unternehmer/innen im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung tätig zu werden. Für die Gründung von Kleinunternehmen stellt der algerische Staat finanzielle Unterstützung bereit. Junge Arbeitssuchende verfügen jedoch nicht über die notwendigen Kompetenzen, um Kleinunternehmen erfolgreich zu gründen.

## Lösungsansatz

Das Vorhaben unterstützt algerische Berufsschulen darin, junge Menschen im Bereich der Abfallwirtschaft weiterzubilden. Konkret fördert es das Angebot von Kursen, in denen junge Menschen in Unternehmertum und die Abfallwirtschaft geschult werden. Haben sie erfolgreich teilgenommen, werden

sie entweder von lokalen Firmen im Abfallsektor angestellt oder machen sich selbständig.

Das Projekt fördert zudem die algerischen Kommunen darin, Dienstleistungen im Abfallbereich zu vergeben. Dabei werden Kontrollstandards festgelegt, um die Qualität zu gewährleisten. Im Dialog mit den Bürger/innen werden Methoden entwickelt, um das Bewusstsein für Umweltbelange zu stärken und die Qualität der Müllsammlung langfristig zu gewährleisten.

Projektname	Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten im kommunalen Dienstleistungssektor in Algerien
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Kommunen in Algerien, unter anderem Jijel, Oum el Bouaghi, Ouargla und Setif
Politischer Träger	Ministerium für Umwelt (Ministère de l'Environnement)
Nationale Partner	Berufsbildungsministerium, Innenministerium, Nationale Agentur für Abfallwirtschaft
Gesamtlaufzeit	01/2018 bis 06/2023
Finanzvolumen	8,5 Mio. Euro

Außerdem berät das Projekt das Umwelt- und das Innenministerium darin, die kommunale Abfallentsorgung an externe Dienstleister auszulagern: Erfolgreiche Instrumente und Kurse zur Auslagerung der kommunalen Abfallentsorgung werden landesweit verbreitet und allen Kommunen in Algerien vorgestellt. Außerdem werden Formate geschaffen, um interessierten



Foto links: Praktisches Training in der Abfallentsorgung.  
© GIZ/Kamel Henacher  
Foto rechts: Bürger/innen erarbeiten Empfehlungen für die Verbesserung der Stadtsauberkeit  
© GIZ/Islam Bentahar

## KONTAKTPERSON

Ahmed Fekairi  
ahmed.fekairi@giz.de

Kommunen die Möglichkeit zu geben, von den erfahrenen Kommunen zu lernen.

So können Beschäftigungsmöglichkeiten im Abfallsektor landesweit verbessert werden.

Das Vorhaben ist Teil der Sonderinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost. Mit den Projekten der Sonderinitiative trägt das Ministerium dazu bei, wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in der Region zu schaffen. In diesem Rahmen werden in den Jahren 2014 bis 2024 mehr als 80 zusätzliche Entwicklungsprojekte durchgeführt. Im Fokus stehen dabei die Themenbereiche Jugend- und Beschäftigungsförderung, wirtschaftliche Stabilisierung, Demokratisierung sowie die Stabilisierung von Nachbarländern in Krisensituationen.

## Wirkungen in Zahlen...

Zum Ende der Projektlaufzeit werden 700 junge Menschen mehr als Angestellte oder Selbstständige im kommunalen Abfallsektor arbeiten. Im Laufe des Projektes werden mindestens 1.800 junge Menschen, davon 300 Frauen, an Kursen zur Unternehmensentwicklung und Neugründungen im Abfallsektor teilnehmen. Auch das Beschäftigungsverhältnis von 1.000 Personen in den vier Kommunen wird verbessert sein. So werden zum Beispiel 200 Personen durch ihre zusätzliche Qualifizierung oder Beschäftigung auch ein höheres Einkommen erhalten.

Das Projekt wirkt darauf hin, dass in den acht Pilotkommunen Jijel und El Milia, Oum el Bouaghi, Ain Mlila, Ain Beida, Touggourt, Ouargla et Hassi Messaoud die Abfallentsorgung an öffentliche oder private Unternehmen ausgelagert und die Qua-

lität erhöht wird. Durch 80 Bürgerbeteiligungsmaßnahmen werden die Bewohner/innen der Kommunen in die Qualitätskontrolle dieser kommunalen Dienstleistungen mit einbezogen. Mindestens 1.500 Menschen werden so an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Dadurch wird auch die Zufriedenheit mit der Müllentsorgung unter der Bevölkerung in den Pilotregionen steigen. Zurzeit sind nur 23 Prozent der Befragten in den acht Kommunen zufrieden mit der Abfallentsorgung. Durch das Projekt wird dieser Prozentsatz gesteigert.

## ...und Gesichtern

Herr Sahoui ist in der Kommune Oum el Bouaghi als Müllwerker seit April 2019 bei dem neu gegründeten Abfallunternehmen EMUR angestellt.



*Herr Sahoui hatte bisher noch nie einen festen Job, jetzt fühlt er sich sicher. © GIZ/Kamel Henacher*

Der 32-jährige ist verheiratet und hat zwei Kinder. Für ihn

ist es sein erster Job, und er sagt: „Jetzt fühle ich mich nützlich und sicher, weil ich ein Einkommen habe.“

Das kommunale Abfallunternehmen EMUR erhielt 2019 den zweiten Preis des Gouvernerats Oum el Bouaghi als „bestes beschäftigungsförderndes Unternehmen“.

Herausgeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Redaktion	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Referat	300 – Naher Osten I, Grundsatzfragen der Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten und MENA		Abteilung Nordafrika
Postanschrift der BMZ-Dienstsitze	BMZ Berlin   Im Europahaus Stresemannstraße 94 10963 Berlin T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501  BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500  poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de		Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn  Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5 65760 Eschborn T +49 61 96 79-63 39 F +49 61 96 79 80-63 39  www.giz.de
		Autor(en)	Charlotte Watermann/Anne Wortberg
		Gestaltung	GIZ
		Stand	07/2021